

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Die Suche nach Deponieplätzen für Abfall geht weiter

Land und Gemeinden wollen gemeinsam nach Lösungen für die Endlagerung von Verbrennungsrückständen – Abfallgesetz in Bearbeitung

Die moderne Konsumgesellschaft produziert zwar einen stetig steigenden Abfallberg, doch mit der Beseitigung der Rückstände und vor allem der nicht mehr verwertbaren Restmaterie ergeben sich zunehmende Probleme. Die Frage der Deponierung dieser Rückstände wird zu einem drängenden Problem, dessen Lösung besser schon heute als erst morgen auf dem Tisch liegen sollte. In unserem Land ist man, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch erklärte, auf der Suche nach geeigneten Deponieplätzen, wobei sich eine Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden aufdrängt.

Probleme mit Rückständen ergeben sich derzeit in erster Linie für die Sonderabfälle aus der Industrie, die nicht mehr beim bisherigen Deponieplatz in Buchs abgelagert werden können. Ein weiteres Problem wird sich nach der Inbetriebnahme der Rauchgaswaschanlage bei der Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs ergeben, denn die aus dem Rauch gefilterten Schadstoffe können nicht weiter verarbeitet, sondern müssen irgendwo sicher abgelagert werden. Für beide Arten von Abfallrückständen ist derzeit eine Endlagerungsmöglichkeit in unserem Land noch nicht in Sicht, wohl aber finden nach Angaben von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille entsprechende Abklärungen statt.

Probleme mit Industrieabfällen

Verschiedene Industriebetriebe, die bisher Sonderabfälle über den Rhein zur Lagerung schicken konnten, befassen sich derzeit mit Deponiefragen. Nach der Schliessung der bisherigen Lagerungsstätte drehen sich die Abklärungen einerseits um die Schaffung von Zwischenlagern, auf der anderen Seite um die Suche nach Endlagern im In- und Ausland. Wenn in unserem Land keine Lagerungsmöglichkeit gefunden wird, die den besonderen Anforderungen dieser Abfälle und Rückstände genügt, so steht der Weg in ausländische Lagerungsstätten offen, was freilich zumeist mit hohen Kosten und dem Risiko des Transportes verbunden ist.

Ähnliche Überlegungen wie für die Industrieabfälle werden derzeit auch in bezug auf die Rückstände aus der Rauchgasreinigung bei der Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs angestellt. Wenn der Einbau der Rauchgaswaschanlage planmässig verläuft, so ist mit der Inbetriebnahme der Anlage im August dieses

Jahres zu rechnen. Ab diesem Datum fallen dann jedoch auch Rückstände an, die aus der Schadstoffentnahme im Kamin stammen, und die sicher gelagert werden müssen. Obwohl unser Land vor einiger Zeit die Zusicherung machte, Liechtenstein werde diese Rückstände für einige Jahre übernehmen, steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine geeignete Deponie zur Verfügung. Allerdings besteht auch hier die Möglichkeit einer Zwischenlagerung, wie das die Gemeinde Buchs bei den Rauchgasrückständen ebenfalls angeboten hat.

Gemeinsame Lösungen suchen

Die Deponiefrage, bestätigte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, wird unser Land und die Gemeinden noch einige Zeit beschäftigen. Die Regierung bestimmte zur Klärung der Deponiefrage eine Kommission. Ausserdem sollen die verschiedenen Aspekte der Deponierung in einem bereits bestehenden Deponiekonzept überprüft und angepasst werden. Wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille weiter ausführte, sollen die Fragen des Abfalls, der Depo-

nierung der Rückstände sowie die Probleme des Standorts der Deponien in Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden gelöst werden. In erster Linie wären nach den heute geltenden Regelungen die Gemeinden für die Abfallentsorgung verantwortlich, was auch durch die Mitgliedschaft der Gemeinden beim Verein für Abfallverwertung (VfA) Buchs dokumentiert werde. Doch weder die Regierung noch die Gemeinden allein sollten nach seinen Worten eine Lösung für die Zukunft treffen, sondern beide Partner gemeinsam. (G.M.)

Nulltarif oder preisgünstige Postauto-Abonnements?

Regierung trifft weitere Abklärungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs in Liechtenstein

Nachdem die Regierung den Ende Mai in Kraft tretenden neuen Postautofahrplan zur Kenntnis genommen hat, will sie jetzt noch gewisse rechtliche und administrative Fragen mit dem Vertragspartner Schweiz bereinigen und mit den PTT mögliche Alternativen mit der Tarifgestaltung diskutieren. Erst dann soll dem Landtag Bericht darüber erstattet werden, ob die Regierung im Rahmen der Förderung des öffentlichen Verkehrs die versuchsweise Einführung des Nulltarifs für Postautos ab 31. Mai 1987 befürwortet oder einer Alternativlösung den Vorrang gibt, wie Regierungsrat Wilfried Büchel am Pressegespräch vom Dienstag auf eine entsprechende Anfrage mitteilte.

Ausgangspunkt für die Abklärungen war ein von Abgeordneten der VU-Fraktion unterzeichnetes Postulat, das in der Landtagssitzung vom 12. November letzten Jahres an die Regierung überwiesen wurde. In diesem Postulat wurde die Regierung eingeladen, die Durchführung eines sechsmonatigen Tests mit Nulltarif ab 1. Januar 1987 zu beschliessen, um u. a. Erfahrungen in bezug auf das Fahrverhalten der Bevölkerung auf unserem Verkehrsnetz zu sammeln.

Neuen Postautofahrplan abgewartet

In ihrem Bericht an den Landtag wies die Regierung dann darauf hin, dass das Verkehrsverhalten immer von der Angebotsqualität aller Verkehrsträger abhängig sei. Das Fahrplanangebot liess zu Beginn dieses Jahres noch zu wünschen übrig, vor allem was die Anschlüsse zwischen dem Ober- und Unterland anbetraf. Zudem fehlte den PTT im administrativen Bereich die notwendige Zeit, um bis Ende Dezember 1986 für eine zusätzlich entstehende Nachfrage einen funktionstüchtigen Betrieb (Fahrplanarbeit 1987) zu organisieren und die notwendigen Fahrplanverbesserungen zu realisieren, wie der Inhaber des Ressorts «Verkehr» beim Pressegespräch nochmals hervorhob. Die Probleme, die von

der Regierung in ihrer Postulatsbeantwortung angeführt wurden, mussten eigentlich auch den Postulanten bekannt gewesen sein. Ein Versuch mit Nulltarif, der wirklich ein Ergebnis bringen soll, kann nicht in wenigen Wochen realisiert werden.

Ende Mai tritt nun ein neuer Postautofahrplan in Kraft, der das Postautofahren wesentlich attraktiver machen wird. Neben den bereits seit geraumer Zeit verwirklichten, sehr erheblichen Fahrgeldreduktionen werden auf dieses Datum hin auch markante Verbesserungen in der Linienführung, beim Taktfahrplan und eine

Ausdehnung des Postautobetriebes am Abend zum Tragen kommen. Die Regierung hat vor einigen Tagen diesen neuen Fahrplan zur Kenntnis genommen und die damit verbundenen Mehrkosten für 1987 in der Höhe von 350 000 Franken bewilligt. Nach Auskunft von Regierungsrat Wilfried Büchel ist damit nun jene wichtige Grundlage geschaffen worden, um mit den PTT weitere Abklärungen zu treffen und verschiedene Alternativen zur möglichen Einführung eines versuchsweisen Nulltarifs zu prüfen. Erst dann will die Regierung den Entscheid darüber fällen, welche neue Tarifgestaltung ab dem 31. Mai wirksam wird.



Wenn am 31. Mai 1987 der neue Postautofahrplan in Kraft tritt, wird die Regierung auch den Entscheid darüber gefällt haben, welche neue Tarifgestaltung ab diesem Datum wirksam wird. Auf jeden Fall soll das Umsteigen auf das Postauto noch leichter gemacht werden. (Archivbild)

Weiterbildung in der Landesverwaltung

(paf) – Die Regierung hat in der Sitzung vom 17. Februar 1987 das Weiterbildungsprogramm der Landesverwaltung für das laufende Jahr grundsätzlich genehmigt. Die Kurse und Seminare sind schwerpunktmässig den Themen EDV, Führungsverhalten und Arbeitsorganisation gewidmet.

Der Weiterbildung in der Landesverwaltung wird im Rahmen der Personalbetreuung seit Jahren besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Weiterbildungs-konzept geht davon aus, dass jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter der Landesverwaltung sich individuell und abgestimmt auf die Anforderungen der jeweiligen Stelle berufsbegleitend weiterbilden kann und soll. Neben dieser fachspezifischen Weiterbildung veranstaltet das Amt für Personal und Organisation Kurse und Seminare zu Themen allgemeiner Natur (z. B. Arbeitsplatzgestaltung, Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern oder Umgang mit neuen Technologien). Diese Art der allgemeinen Weiterbildung ermöglicht neben der reinen Informationsvermittlung auch einen Erfahrungsaustausch der teilnehmenden Mitarbeiter aus allen Bereichen der Verwaltung.

Tribüne nach Tumulten geräumt

Tumultartige Szenen auf der Zuschauertribüne des Grossen Rates des Kantons St. Gallen führten gestern Nachmittag zu einer längeren Unterbrechung der Sondersession «Luft». Nach empörenden Zwischenrufen und Transparentenfaltungen ordnete der Ratspräsident die polizeiliche Räumung der Tribüne an. Danach wurde die Sitzung ohne Zuschauer weitergeführt. Man war nach der gespannten Atmosphäre im Vorfeld der mit Spannung erwarteten Debatte offenbar auf Zwischenfälle vorbereitet. Die Zwischenfälle wurden von der Gruppe «Atemlos» provoziert, die am vergangenen Wochenende eine Grossdemonstration mit 4000 Teilnehmern in St. Gallen organisiert hatte.

Partnerschaft mit Sudetendeutschen

Seit vielen Jahren besteht zwischen der Gemeinde Gamprin und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Stuttgart, eine partnerschaftliche Verbindung. Vom 30. April bis 3. Mai werden die Freunde aus der württembergischen Metropole Gamprin und Liechtenstein einen Besuch abstatten. Höhepunkt wird am 1. Mai ein festlicher Abend der Dorfbevölkerung mit den rund 50 Gästen aus Stuttgart sein. Den musikalischen Rahmen bildet der Musikverein Konkordia und die Chorvereinigung der Landsmannschaft. Die Patronatschaft hat Vorsteher Lorenz Hasler übernommen. Für die Organisation ist Regierungsrat-Stv. Gebhard Näscher verantwortlich, der auch den Partnerschaftsrat liechtensteinerseits leitet.

Bremse für Dollar-Talfahrt?

Der steile Absturz des Dollar während der letzten einhalb Jahre und der anhaltende Druck auf die amerikanische Währung stehen im Mittelpunkt eines für Samstag in Paris geplanten Treffens der Finanzminister und Notenbank-Chefs der fünf mächtigsten Industrienationen. Zum sogenannten Fünfer-Klub gehören die USA, Japan, die Bundesrepublik, Frankreich und Grossbritannien.

Diese Länder wollen versuchen, den Dollar durch neue Stabilisierungsmassnahmen zu stützen und mittelfristig eine bessere Koordination ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik zu erreichen. Erweitert werden die Gespräche am Sonntag innerhalb der sogenannten Siebener-Gruppe

KOMMENTAR

Die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel könnte, so lautet eine verbreitete Meinung, durch deren kostenlose Benützung gesteigert werden. Die gegenteilige Ansicht artikuliert sich in der kurzen Aussage: «Was nichts kostet, ist nichts!»

Für die zuständigen Behörden, die das öffentliche Transportmittel möglichst attraktiv für alle Verkehrsteilnehmer machen möchten, stellt sich nun die Frage der Auswahl an Möglichkeiten zwischen diesen zwei Polen. Der Trend weist, wie aus den Äusserungen von Regierungsrat Wil-

Tarif oder Nulltarif?

fried Büchel am Pressegespräch hervorgeht, in Richtung deutlich niedriger Tarife als bisher, doch nicht unbedingt auf die gänzlich kostenlose Benützung der Postautos für alle.

Im Landtag wurde von VU-Vertretern eine halbjährige Versuchsphase mit Nulltarif verlangt, um das Fahrverhalten und die Benützungsstruktur der öffentlichen Verkehrsmittel eruieren zu können. Die Regierung lehnte in ihrer Antwort die Einführung des Nulltarifs auf Jahresbeginn 1987 ab, wobei die Begründung im Vordergrund stand, innert kurzer Zeit und ohne Änderung des bestehenden Fahrplanes sei eine Nulltarifphase nicht möglich bzw. nicht sinnvoll. Doch auf einen späteren Zeitpunkt wäre eine Testphase nicht ausgeschlossen.

Die Frage bleibt nun, was der Landtag in dieser Sache unternimmt. Gegen eine Nulltarif-Testphase spricht, dass bei einer späteren Rückkehr zu Tarifen, wenn die Versuchsphase zu Ende ist oder wenn sich allenfalls die Auffassung durchsetzt, eine Bezahlung für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel wäre sinnvoller, der Prozess des «Zurückbuchstabierens» ungleich schwieriger würde als die Herabsetzung der jetzt geltenden Tarife.

Zu bedenken ist zudem, dass nicht allein die Tarife die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel ausmachen. Die Bereitschaft zum Umdenken oder zum Umsteigen vom privaten Motorfahrzeug auf das öffentliche Verkehrsmittel vergrössert sich nicht ausschliesslich aufgrund finanzieller Erwägungen. (G.M.)

Liechtenstein unterstützt erneut Flüchtlingsprogramm

(paf) – Die Regierung hat einen Landesbeitrag von 10 000.– Fr. an das Sonderhilfsprogramm des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge bewilligt. Die Landesmittel werden im Rahmen des Hilfsprogrammes benötigt, um Flüchtlingen aus Uganda, die sich zur Zeit im südlichen Sudan und in Zaire aufhalten, die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.

Liechtenstein hat sich bereits im vergangenen Jahr an einem ersten Hilfsprogramm für Flüchtlinge aus Uganda beteiligt. Damals konnte 75 000 Flüchtlingen geholfen werden. Das zweite Hilfsprogramm soll nun weitere 100 000 Personen aus dem südlichen Sudan und zusätzlich aus Zaire erfassen.

Mehrfach überzeichnet!

Emissionserfolg für die Optionsanleihe der Bil

Die in der Zeit vom 12.–18. Februar zur öffentlichen Zeichnung aufgelegte 2½% Optionsanleihe 1987–97 der Bank in Liechtenstein von Fr. 100 000 000.– konnte mit ausserordentlich gutem Erfolg abgeschlossen werden. Die eingereichten Zeichnungen übersteigen den Anleihebetrag um ein Mehrfaches, so dass die Zuteilung auf den Zeichnungen nur auf stark reduzierter Basis vorgenommen werden kann.